

Die „Vorwärts“...
Verkaufsstellen: Berlin...
Verlag: „Vorwärts“...
Verkaufsstellen: Berlin...
Verlag: „Vorwärts“...

„Vorwärts“...
Verkaufsstellen: Berlin...
Verlag: „Vorwärts“...
Verkaufsstellen: Berlin...
Verlag: „Vorwärts“...

VORWÄRTS

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Schneller Friede in Sicht!

Der Abschluss des Friedensvertrags.

Paris, 24. März. (Reuter.) Die Großmächte haben heute beschlossen, das Neueste zu tun, um den Vertrag innerhalb einer Woche fertig zu haben. Dieser Entschluss wird dem wachsenden Ernst der Lage zugeschrieben.

Die Lage in Ungarn.

Amsterdam, 25. März. (B. L. B.) Dem „Allgemeen Handelsblad“ wird aus Paris gemeldet, daß die Alliierten beschlossen zu haben scheinen, angesichts der Lage in Ungarn einzugreifen, um dem von zwei Seiten bedrohten Rumänien alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen.

Rotterdam, 24. März. (B. L. B.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London gemeldet: Die Nachricht über die bolschewistische Umwälzung in Ungarn macht hier Eindruck. Man ist allgemein gegen das Hinüberschieben der Verhandlungen in Paris, wodurch die Entente die Nacht über Mitteleuropa beherrscht. Ueber die Ursachen der Umwälzung und die dagegen anzunehmenden Mittel herrscht wenig Einigkeit. Die radikale „Daily News“ schreibt, daß sie schon vor Monaten bei dieser Gefahr gewarnt habe und daß man sie durch die raschlichtige Torheit, einen gefährlichen Feind Manpel leiden zu lassen, heraufbeschworen habe. Der liberale „Daily Chronicle“ schreibt in einem ausführlichen Leitartikel, die Lage in Ungarn sei wegen der Wirkung, die sie auf die Rumänen, Polen und Tschechoslowaken haben werde, ernst. Lenin habe jetzt die Ukraine in seiner Macht und erhalte in Ungarn eine viel bessere Kraftbasis gegen diese drei Staaten. Absolut genommen, sei der militärische Wert der bolschewistischen Truppen verhältnismäßig gering, aber im Zusammenhang mit ihrer Propaganda könnten sie ziemlich viel erreichen.

Bern, 24. März. (B. L. B.) Die Bedeutung, die in der schweizerischen Presse den Ereignissen in Ungarn beigemessen wird, kommt am stärksten in dem Verhalten der deutschen Blätter zum Ausdruck, die den Ernst der Lage nicht verkennen, aber noch ihrer Erklärung mit der Kommentierung zurückhalten, bis nähere Einzelheiten vorliegen. Die deutsch-schweizerische Presse weist in mehrfacher Uebereinstimmung darauf hin, daß die gegenwärtige Politik lediglich die Rückwirkung der chauvinistischen Ententepolitik sei. Sie neigt der Ansicht zu, daß nur Wahrung von Seiten der Entente ein allgemeines Chaos verhüten könne. — In Berner politischen Kreisen herrscht man, am Sonntag abend habe der Vertreter einer einflussreichen Entente-Regierung (nicht der französischen) eine einflussreiche Persönlichkeit Ungarns empfangen, um von ihr Auskunft über die Lage in Ungarn zu erhalten. Die ungarischen Kreise in der Schweiz legen Wert auf die Feststellung, daß die jetzige bolschewistische Regierung ihres Landes nicht mit dem terroristischen Regime nach russischem Vorbild gemein habe, sondern nichts anderes als eine Steigerung des extremen Nationalismus bedeute, der zugleich die Liquidierung der ententefreundlichen Politik enthalte.

Einigung in England.

London, 24. März. (Reuter.) Nach der heutigen Konferenz der Eisenbahner erklärte der Führer der Lokomotivführer, Bromley, daß eine allgemeine Einigung erzielt worden sei. Er sei jetzt davon überzeugt, daß man zu einer freundschaftlichen Regelung gelangen werde.

London, 24. März. (Reuter.) Amlich. In der heutigen Konferenz der Vertreter der Eisenbahner-Gewerkschaften mit der Regierung wurde eine Einigung über die Auslegung der von der Regierung angebotenen Bedingungen erzielt. Diese Bedingungen erhalten jetzt die Ratifikation durch die Eisenbahnergewerkschaften. Sobald sie ratifiziert sind, soll über die rechtlichen Punkte in den Programmen der Angehörigen weiter verhandelt werden. Die Regierung will alles aufbieten, um eine schnelle und ruhige Regelung herbeizuführen.

Die ersten Lebensmittel.

Hamburg, 24. März. Am 23. d. Mts. treffen die ersten belgischen amerikanischen Lebensmittelgeschiffe im Hamburger Hafen ein.

Berlin, 24. März. Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spa teilte am 23. März in einer Note mit, daß in Ausführung des Brüsseler Abkommens für rund 35 Millionen Dollar Lebensmittel aus amerikanischen Quellen und für rund

50 Millionen Dollar aus britischen Quellen zu sofortiger Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die in Brüssel abkommen als Bezahlung hierfür vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling Gold in Brüssel eintreffen würden.

Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am Mittwoch, den 26. März, erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der Lieferung der oben erwähnten Lebensmittel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

1 Million Arbeitslose in England.

Amsterdam, 24. März. „Times“ meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen in England über eine Million betrage.

Blutige Zusammenstöße in Witten.

Dortmund, 25. März. In Witten kam es gestern vor dem Gebäude der „Wittener Postzeitung“ wegen eines in dem Platte erschienenen Artikels zu Zusammenstößen von Arbeitern aus Witten und Witten, wobei ein Arbeiter durch eine aus der Menge geworfene Handgranate tödlich verletzt wurde. Es entstand daraufhin ein allgemeines Handgemisch; zahlreiche Personen wurden durch Schüsse und Handgranaten getötet oder verwundet.

Die verhafteten Matrosen.

Bereits am 21. März verbreiteten die „B. P. N.“, daß ein Teil der in der französischen Strafe verhafteten Matrosen schon entlassen sei; die Entlassung der übrigen sehe unmittelbar bevor, da ihnen eine straflose Handlung nicht nachgewiesen werden könne.

Das stimmt nicht. Ein Teil der in der französischen Strafe verhafteten Matrosen ist noch heute in Zegel. Zwar ist ihren Angehörigen in London erklärt: die Entlassungsdiplome seien bereits ausgestellt. Aber entlassen sind die Unglücklichen noch immer nicht. Weshalb nicht?

Aus Aeußerungen von Gefängnisbeamten geht hervor, daß die Kommandantur die Verhafteten zwar freigegeben hat, daß aber das Kommando Lüttich sich ihrer Entlassung widersetzt.

Und weshalb widersetzt sich das Kommando Lüttich?

Wenn die in der französischen Strafe Verhafteten freigelassen werden, wenn also bewiesen wird, daß sie zu Unrecht verhaftet sind, so ist damit auch bewiesen, daß die in der französischen Strafe Erschossenen zu Unrecht erschossen sind.

Und das darf nicht sein! Das will das Kommando Lüttich verhindern. Deshalb werden die Matrosen noch nicht freigelassen, deshalb wird man alles versuchen, ihnen den Prozeß zu machen.

Wir weisen die von der preussischen Landesversammlung eingesehte Untersuchungskommission mit allem Nachdruck auf diesen Fall hin, bevor er verschleiert wird. Die Adressen von Zeugen stellen wir der Kommission bereitwillig zur Verfügung.

Und wir verlangen noch einmal die sofortige Hastentlassung der noch nicht entlassenen Matrosen und die sofortige Verhaftung des Oberleutnants Karlow, den wir nochmals vor aller Öffentlichkeit des vierundzwanzigfachen Mordes beschuldigen.

Endlich!

Der „Vorwärts“ hat bisher alle unsere Vorstellungen über die Erschießung der 24 Matrosen in der französischen Strafe unterzogen. Jetzt endlich berichtet er. Damit unsere Leser sehen, wie diese „objektive“ Berichterstattung eines Arbeiterblattes aussieht, drucken wir den Wortlaut dieser Notiz ab:

„Das Verfahren gegen eine Anzahl Matrosen der Volksmarinemedusen ist eingestellt worden, weil ihnen Strafbares nicht nachgewiesen ist. Um so dringender bedarf die Erschießung von 24 Matrosen einschließlich zweier Maschinenbeamten in der französischen Strafe der rest- und rücksichtslosen Aufklärung, zumal hier die schwersten Verbrechen gegen 10 gegen einen Oberleutnant Karlow, erhoben sind.“

Das ist alles, was die Bedientenclique auf der „Vorwärts“-Redaktion sich abersingen haben, nachdem selbst in der bürgerlichen Presse die heftige Empörung über die Schandtat in der französischen Strafe Ausdruck gefunden hat.

Verrat!

Die rechtssozialistischen Führer haben es also in der Tat gewagt, auch in Preußen dem Zentrum wieder zur Macht zu verhelfen und damit jede freie Kulturpolitik unmöglich zu machen.

Die trübste Preisgabe der Möglichkeit, endlich auch in Preußen eine freiheitliche Schulpolitik zu treiben und den gemäßigten politischen Einfluß der Kirche zu brechen, ist beinahe unerklärlich. Jrgend eine politische Notigung liegt nicht vor, denn in der Nationalversammlung besitzen die Rechtssozialisten mit den Demokraten die Mehrheit und in allen Fragen, die einen Fortschritt bedeuten, hätte die Regierung auch auf die Stimmen der Unabhängigen rechnen können. Der Verrat in der Schulpolitik läßt sich nur aus dem Charakter der rechtssozialistischen Führer ableiten. Dieser Charakter ist feigste politische Rechenschaftsträgerei. Die Reute wollen an der Macht bleiben im Reich wie in Preußen und haben eine Heidenangst vor jeder bürgerlichen Konstitution. Am liebsten hätten sie noch die Konventionen dazu bekommen, wenn es irgendwie gegangen wäre. Auf das Zentrum aber wollten sie um keinen Preis verzichten und da das Zentrum hart bleibt, so haben sie schließlich vor ihm bedingungslos kapituliert. Das geht mit voller Klarheit aus dem Kommentar der „Germania“ hervor, die schreibt:

„Im Reich überwiegt die außenpolitische, sozialpolitische und wirtschaftliche Komplexität, Gebiete, auf denen sich eine Annäherung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im gewissen Umfang ermöglichen ließe, während im Staat vor allem die kulturpolitischen Aufgaben im Vordergrund stehen, in deren Auffassung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie sich eine grundsätzliche und darum unüberbrückbare Kluft ausbildet. Daran erklärt sich ohne weiteres, wie wenig aussichtsvoll von vornherein die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen erscheinen mußten, die die Sozialdemokratie mit dem Zentrum angeknüpft hatte. Wenn sie trotzdem zu guter Letzt zu einem Ergebnis geführt haben, so geschah es, weil man beiderseits von der Notwendigkeit tief durchdrungen war, im Interesse des Vaterlandes und zur Ueberwindung seiner großen Not alles Trennende nach Möglichkeit zurückzustellen und sich auf die Lösung der nächsten Staatsaufgaben zu beschränken. In dieser Auffassung hat insbesondere die Zentrumspartei unter voller Wahrung ihrer kulturpolitischen Grundzüge, die ja keineswegs nur Parteigrundzüge im landläufigen Sinne des Wortes sind, sondern unerwiderliche Forderungen ihrer Weltanschauung darstellen, sich schließlich bereitfinden lassen, in eine Regierung mit den Demokraten und Sozialdemokraten einzutreten.“

Was es mit dem Interesse des Vaterlandes in Wirklichkeit auf sich hat, geht aus der weiteren Bemerkung der „Germania“ hervor, daß das Zentrum deswegen in die Regierung eingetreten sei, weil diese sonst in radikales Wasser geraten wäre. Der Radikalismus hätte sich vor allem in der Kulturpolitik betätigt, was selbstverständlich bei einem Zusammengehen des Zentrums mit der Linken ausgeschlossen sein muß.

Wir denken, das ist deutlich genug. Es heißt ja nichts anderes als daß in den wichtigsten Fragen der preussischen Politik das Zentrum Trumpf bleibt. Das ist ein so schändlicher Verrat an den wichtigsten Aufgaben, die der Sozialismus zu erfüllen hat, daß man die Arbeiterklasse nicht begreifen kann, die ihren Führern auch auf solchen Wegen folgt. Steigen doch selbst dem „Vorwärts“ Bedenken auf. Er schreibt:

Wenig erwünscht wird den meisten Parteigenossen die Nachricht kommen, daß auch in Preußen eine Koalitionsregierung unter Einwirkung des Zentrums gebildet werden soll und daß man beabsichtigt, zum Zweck des Zusammengehens dieser Regierung die Entscheidung über Kulturfragen vorläufig zurückzustellen. Falls dieser Entschluss schon unabwehrlich sein sollte, so ließe er sich nur aus der bedrückenden äußeren Lage des Reiches erklären und aus der Sorge, nicht breite geographisch zusammenhängende Volksteile in die Opposition zu stoßen und sie nicht dadurch für gefährliche Losreißungsbestrebungen empfänglich zu machen. Ob diese Sorge begründet ist, möchten wir dahingestellt sein lassen — wäre sie es, so wäre das kein gutes Zeugnis für jene Verdorrenheit, die angesichts einer Meinungsverschiedenheit über die beste Kulturpolitik gleich bereit wären, Staat und Reich den Ratten zu lehnen.

Sollten die damit im Zusammenhang stehenden Probleme bis zum Abschluss des Friedens vertragen werden müssen, so zweifeln wir nicht daran, daß sich dann der freie Geist der neuen Zeit desto ungehämmer durchsetzen wird, dessen Kommen von vielen, ganz besonders auch von den Lehrern mit Ungeduld erwartet wird.

Die Angst des „Vorwärts“ wegen der Vorkriegsbestrebungen ist natürlich pure Heuschrecke. Denn der „Vorwärts“ weiß sehr genau, daß das Zentrum sich durch die Befestigung an der Regierung keinen Augenblick davon abhalten lassen wird, seine landesverräterischen Bestrebungen weiter zu verfolgen, wenn sie den Machtinteressen der Kirche dienen, wie das ja auch die geistige Abkündigung in der Landesversammlung gezeigt hat. Die Hoffnung, daß schließlich die Kulturforderungen der Sozialdemokratie sich durchsetzen werden, teilen wir allerdings auch. Dazu ist aber vor allem die Befestigung der rechtssozialistischen Führer, der Helfershelfer der Reaktion notwendig.

Im übrigen wird dieses preussische Ministerium schon außergerichtlich reaktionär sein. Seine, der Verherrlicher des Standrechts, der Mann ohne Rechtsgefühl, wird Minister des Innern und Spahn, dessen Befestigung der Vollzugsrat nach der Revolution durchgeführt hat, wird Justizminister!

Die rechtssozialistische Führung hat jede Scham verloren. Auf allen Gebieten verhilft sie den Vertretern des alten Systems zur Macht, überall ebnet sie der Reaktion die Wege. Und eine solche Führung lassen sich große Teile der deutschen Arbeiterchaft noch immer gefallen!

Keine Verdrehung!

Das „Berliner Tageblatt“ wendet sich gegen uns, weil wir die Abenteuerpolitik der Stampfer und Dernburg abgelehnt haben. Es erlaubt sich dabei die Entstellung, als ob wir, entgegen unserer bisherigen Haltung, bereit seien, Danzig und anderes deutsches Gebiet auszuliefern, Rheinland loszutrennen, die Wilsonschen Ideen zu verwerfen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker als eine uninteressante Angelegenheit zu behandeln. Das „V. L.“ weiß ja genau, daß die Unabhängige Sozialdemokratie, entgegen allen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten, seit jeher gegen jeden Gewaltfrieden, für das volle Selbstbestimmungsrecht des Deutschen wie aller anderen Völker eingetreten ist. Es ist selbstverständlich, daß wir alle Anschläge des Ententeimperialismus auf deutsches Gebiet als ein Verbrechen an den demokratischen Grundgesetzen aufs schärfste zurückweisen, aber auch, daß wir diejenigen sind, die dazu das Recht haben, weil sie in gleicher Weise gegen die Verbrechen des deutschen Imperialismus protestiert haben.

Also darum handelt es sich gar nicht, sondern darum, daß die auswärtige Politik der deutschen Regierung die Geschäfte des Ententeimperialismus außerordentlich fördert, daß die nationalistische Hege, die zu den militaristischen und monarchistischen Demonstrationen geführt hat, Wasser auf die Mühlen Clemencous leitet, und daß die Drohung der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages ebenso ein ungeeignetes Mittel zur Verbesserung unserer Stellung darstellt, wie die noch phantastischeren, bolschewistisch zu werden.

Wir betrachten all diese Drohungen der Stampfer, Dernburg und Nonforten, unter die Bolschewiki zu gehen, als einen blutigen Dilettantismus von Leuten, die glauben, mit unsinnigen Drohungen Eindruck machen zu können. Und ist das soziale Problem Deutschlands viel zu ernst, um es zu einem Mittel im diplomatischen Ränkespiel herabwürdigen zu lassen. Wir verstehen, daß Kommunisten das russische Beispiel nachahmen wollen, um dadurch die Weltrevolution im Westen zu beschleunigen. Wenn aber frühere Imperialisten, wie Dernburg, und Kriegsozialisten, wie Stampfer, die im Volksweltismus das schlimmste Unheil sehen, mit dem Gedanken spielen, dieses Unheil nun selbst heranzuführen, so ist das eine bodenlose Frivolität. Auf der einen Seite unterstützen sie eine auswärtige Politik, die zum Krieg mit Rußland führt, auf der anderen Seite drohen sie der Entente mit dem Bündnis mit demselben Rußland!

Wir verstehen schon, daß diese Politiker über die Folgen ihrer Politik verzweifelt sind. Wir haben diese Politik von

Anfang an bekämpft, haben von Anfang an verlangt, daß die kompromittierten Persönlichkeiten ausgeschaltet werden, daß eine ehrliche und offene Friedenspolitik gemacht wird, die die demokratischen Strömungen im Auslande stärkt und ein Gegengewicht gegen die Annerionspläne der Regierungen schafft. Die Bürgerlichen und Rechtssozialisten haben das Gegenteil getan und haben damit allerdings die Interessen des deutschen Volkes aufs schwerste geschädigt. Wir aber haben keine Veranlassung, irgendeine Verantwortung für die Folgen der Politik zu übernehmen, und noch weniger uns an Abenteuerern zu beteiligen, wie sie heute in der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse propagiert werden. Wir verzweifeln nicht, sondern erwarten, daß die Weiterentwicklung uns in Deutschland von der Regierung und die Fortschritte der Arbeiterbewegung in den Weststaaten uns von den Folgen ihrer auswärtigen Politik befreien wird.

Beisatz.

In der „Deutschen Tageszeitung“ findet man heute eine glühende Verherrlichung des Standrechts. Die vier Jahre Krieg haben den Blutdurst dieser Schöpfer noch nicht gestillt, und so begeistern sie sich an den Taten der Regierungstruppen und preisen Koskes Erfolg, der so Herrliches ermöglicht hat. Wir geben folgende Probe:

Weil das Standrecht die erwähnte Wirkung gehabt hat, weil dank ihm dem unabhängig-patriotischen Kutscher ein schwererer Schlag versetzt wurde als im Januar, deshalb loben die Soldschreiber russischer Halbtiere zweimal täglich gegen diese Maßregel. Sie sind die letzten, die darüber klagen dürfen. Denn während ihre Hege Tausende verwirrter Köpfe zu ungeheuerlichen Verbrechen ansetzte, während durch ihre Schuld arge Menschen den Geschossen des Bürgerkrieges zum Opfer fielen, während gegen die Wirkungen ihres Wahnsinns pflichtbewusste Bürger in der Woche ihre Haut zu Markte trugen, saßen sie selber noch als Dachschüben, in der sicheren Gut ihrer Schreibstube und spitzten die Feder zur Ausschaltung der „Brutalitäten“, die die von ihnen heraufgeführte Situation bringen mußte. Zwar ist die Ausbeute mager genug; aber sie hat immerhin ausgereicht, um den Söldlingen Koskaus die Erzeugung einer gewissen Nervosität in der übrigen Presse zu ermöglichen. Damit ist der erste Schritt geklärt. Der zweite ist, die Nervosität der Regierung zu erreichen. Der dritte, sie auch den Regierungstruppen zu vermitteln. Dann geht man in einen neuen Kampf mit wesentlich besseren Chancen. Wir unserselbst möchten den Männern der „Freiheit“ und ähnlichem Geistes den Gefallen nicht tun und darum klar und deutlich erklären: an dem Verhalten der Regierungstruppen gibt es weder etwas zu vertuschen und zu beschönigen, noch generell und in Vandalen und Vögel zu verurteilen. Und wer nicht begriffen hat, daß er in diesem Verleumdungsfeldzug der Unabhängigen gegen sie einfach ihre Partei zu ergreifen hat, dem ist die Bedeutung der ganzen Dinge in den letzten Wochen in Berlin nicht aufgegangen.

So wird die Pogromstimmung gegen die Unabhängigen geschürt und jene Stimmung erzeugt, in der man dann den Rufen „Hoch Wilhelm!“ „Hoch Ludendorff!“ die entsprechenden Taten folgen lassen kann.

Keine Neuwahlen der Arbeiterräte in Groß-Berlin.

Durch den Beschluß des Zentralrats ist der drohende Konflikt innerhalb der Groß-Berliner Arbeiterräte verhindert worden. Während es bis gestern den Anschein hatte, als wollten Rechtssozialisten und Demokraten die Vornahme von Neuwahlen auf der Grundlage der Bezirkswahl auch gegen den Willen eines großen Teils oder gar der Mehrheit der Arbeiterräte erzwingen, haben sie in letzter Stunde eingelenkt und auf die Neuwahlen verzichtet. Sie mußten hiermit anerkennen, was von uns und der Fraktion der U. S. V. D. immer betont worden ist, daß die Vornahme der Neuwahl in einem so kurzen Zeitraum technisch nicht durchführbar ist.

Durch dieses Nachgeben wird der Rätekongress gezwungen sein, sich mit dieser famosen Wahlordnung des Zentralrats eingehend zu beschäftigen. Denn nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen großen Bezirken des Reichs hält die Arbeiterchaft durchaus an der Betriebswahl fest.

gebührende Geltung zu verschaffen. Das unehrerbietete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung näher zu treffenden Anordnungen werden demnach sofort von dem General der Kavallerie von Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandiert, ausgehen.

Berlin, den 12. November 1918.

Das Staatsministerium.

Die Kunde von der Verkündung des Belagerungszustandes über Berlin verbreitete sich mit Blitzesschnelle über die ganze Stadt.

Alle Straßen waren gefüllt, alle Ecken waren besetzt mit Menschengruppen, welche die bei Nacht erlaubte Zahl von zehn weit überschritten, und in diesen Gruppen hörte man fast nichts als gute oder schlechte Witze über den Belagerungszustand. Soldaten zogen in zahlreichen Patrouillen durch die Stadt, aber nirgends hörten sie an diesem Abend die „Zusammenrottungen“ des Volkes; sie zogen ruhig ihres Weges, oft vom Volk mit durchdringendem Pfeifen und Rufen verfolgt.

Das Militär nahm es überhaupt an diesem Abend mit der Befolgung der Befehle nicht sehr streng, auch die Wirtshäuser und Restaurationen blieben geöffnet bis spät in der Nacht, und die fliegenden Wuchshändler durchzogen die Stadt mit ihren Flugblättern wie immer, nur an einigen Stellen wurden einzeln gehenden Bewohnern durch die Militärpatrouillen die Waffen abgenommen. Das war aber schon am Abend vorher vorgekommen.

Am Abend des 12. November um 9 Uhr kamen die Deputierten der Nationalversammlung abermals im Schützenhaus zusammen. Der Präsident hatte sie zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen, sobald ihm die Proklamation des Belagerungszustandes bekannt geworden war.

Wieder, wie in der Nachmittagsitzung, hatten die Wehrmänner der stehenden Korps den Schutz der Nationalversammlung gegen etwaige Angriffe des Militärs übernommen. Sie standen kampfbereit.

Eine Abteilung Militär marschierte an und machte halt, als sie auf die bewaffneten Reich und Wiedertreibende Schutzmannschaft der Nationalversammlung traf. Der Offizier der Truppen forderte die Wehrmänner auf, Platz zu machen, der Bürgerwehr-offizier bemerkte dies, der Offizier ließ darauf laden, Bürger-

Heber die Sitzung der rechtssozialistischen Fraktion, die nach der Vollversammlung gemeinsam mit dem Bezirksvorstand der Partei und dem Zentralrat stattfand, berichtet die bürgerliche Presse: Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterräte aus den Kreisen Teltow-Beeskow-Charlottenburg und Niederbarnim erklärte, daß bei der Kürze der Zeit die Vornahme von Neuwahlen auf Grund des zentralrätslichen Wahlsystems unmöglich sei, während für den Bezirk der Stadt Berlin die technischen Schwierigkeiten leichter zu überwinden seien. Man einigte sich schließlich nach über vierstündiger Beratung dahin, von Neuwahlen für Groß-Berlin ganz abzusehen, so daß die Delegiertenwahlen zum Rätekongress für den 8. April in der für Freitag einzuberufenden Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vorgenommen werden könnten. Der Zentralrat gab dann die Erklärung ab, daß er dagegen keinen Widerspruch erhebe.

Eine Konferenz der rechtssozialistischen Parteiführer

In Weimar hat eine Konferenz der rechtssozialistischen Fraktion, des Parteivorstandes und der übrigen Parteibehörden stattgefunden.

Da also die „Führer“ unter sich waren und die große Masse der Partei ausgeschlossen blieb, kam natürlich nur die Meinung der Führer und nicht die der Masse zum Ausdruck. Auf diese Weise in allen Fragen die gewünschte „Einigkeit“ zu erzielen, ist leicht.

Der Bericht „den der „Vorwärts“ von der Konferenz gibt, ist dürftig. Danach nahm den breitesten Raum in der Debatte der Zeitpunkt des nächsten Parteitag ein. Obwohl verschiedene Redner für eine baldige Einberufung eintreten, wird die Festsetzung des Parteitages auf den 10. Juni beschlossen. Das bedeutet einen Sieg der Führer, die sich einer Kritik der Massen möglichst lange entziehen wollen.

In der weiteren Debatte wurde Kritik geübt an dem Vorgehen der Regierungstruppen. Ein Redner sprach die Befürchtung aus, daß sich Koske zu stark von den Offizieren seiner Umgebung beeinflussen lasse. Hermann Müller dagegen dankte Koske für seine Verdienste um die Partei und das deutsche Volk. Er habe Deutschland vor der russischen Anarchie bewahrt.

Und dann fällt der hübsche Satz:

„Freilich läßt sich noch nicht voraussagen, ob nicht doch die Gemächtsfriedensabstufungen der Feinde uns zum Neukerker treiben, wie sie Ungarn dorthin getrieben haben.“

Das heißt auf deutsch: Wenn die Entente uns ärgert, dann führen wir von regierungsmäßig den Bolschewismus ein. Oder wie der Junge sagt: „Es geschieht meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Hand verbrenne.“

Scheidemann sitzt in dasselbe Horn. Auch seine ganze Diplomatie gegenüber der Entente besteht in dem Wangemachen vor dem Bolschewismus.

Ueber die Frage der Arbeiterräte spricht er mit halben Worten und versucht das Umlernen der Regierung, die erst die Räte schaffte ablehnte und nun gezwungen ist, sie halb und halb anzuerkennen, zu erklären und zu verteidigen. Bewerfenswerter ist die Rede Legiens. Er wendet sich gegen alle Jugendschicksale in der Rätefrage und weist nach, wie unlogisch es sei, den Räten zwar wirtschaftliche Rechte einzuräumen, politische aber vorzuenthalten. Erkläre man sich einmal für Beibehaltung des RäteSystems, dann müßte man auch den Mut haben, den Räten politische Aufgaben zuzuwenden.

Schließlich wird eine Resolution Fischers angenommen, in der es heißt:

Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsherrschschaft ab und bekämpft sie gemäß dem Erfurter Programm zu den Grundgesetzen der Demokratie. Die Demokratie soll vor allem das Mittel zur Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische sein. Die Sozialisierung kann in einem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfolgen, aber sie muß in den dafür reifen Betriebszweigen, z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Eisenherstellung und Verkehrsgewerbe, unverzüglich in Angriff genommen werden. Zur Erreichung dieser Ziele sind die Arbeiter, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Ueberwindung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind geschichtlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zur diesem Zweck schleunigt zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.

Note: März.

Von Bruno Eckstein.

Die Hände liegen in dem Schoß,
Die der Maschinen Hüter waren.
Und Feuerherzen schlagen bloß
Entgegen Räten und Gefahren.
Der Arbeit Kampf ist neu entbrannt,
Die Erde beb't von seinen Klammern...
Wird sie nicht Allen Vaterland,
Stürzt sie mit unfremd Fall zusammen.

Das ist kein Glockenklang
Und kein Gebet.
Das ist ein Sturmgesang,
Der nie verweht.
Kein Jesuskind verkündet
Auf Stroh und Heu...
Uralte Welt verküht
Sich schmerzlich neu.
Kost uns der wilde Brand,
Laßt uns vergehn...
Dürfen wir doch das Land
Der Zukunft sehn.

Berlin unter dem Belagerungszustand: 1918.

Geistertstimmung. Man wußte, daß der Kampf kommen mußte, daß er sich nicht aufhalten lasse. Die Straßen waren mit lebhaft diskutierenden Menschen gefüllt. Reges, bewegtes Leben herrschte auf dem Schloßplatz. Plötzlich marschierte aus dem Schloß eine Abteilung Soldaten hervor, der Offizier verlas, unter dem lautlosen Säuseln der zahlreich versammelten Zuhörer, die Erklärung des Belagerungszustandes.

Dasselbe Mandat wurde auf fast allen größeren Plätzen gemacht und zu gleicher Zeit die Proklamation an allen Ecken gedruckt angeschlagen. Die Proklamation lautete folgendermaßen: Die in dieser Stadt eingetretenen Ereignisse haben die wesentlichen Grundbedingungen außer Stand gesetzt, dem Gesetze die

wehrlosigster tat das Gleiche, der Offizier kommandierte: Schlagt an! Ebenso der Bürgerwehrsoldat.

So standen sich beide Abteilungen einige Sekunden feindselig gegenüber.

Dann kommandierte der Offizier: „Gewehr bei Fuß!“ und marschierte mit seinen Soldaten ab, indem er wohl einsah, daß er nicht ohne Kampf weiter vordringen konnte, und dazu mochte er wohl keinen Befehl haben.

Dieses kleine Intermezzo ausgenommen, blieb die Nationalversammlung am Abend des 12. November vom Militär völlig unbelästigt.

Die Linke brachte sofort einen dringenden Antrag ein, der mit großer Majorität angenommen wurde und folgenden Wortlaut hatte:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„Daß die durch das Ministerium Brandenburg erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes der Stadt Berlin eine ungesetzliche Handlung ist und demnach als nicht rechts-gültig zu betrachten.“

General Wrangel ließ am ersten Tage des Belagerungszustandes das Volk ruhig gewähren. An jenem Tage war die Aufregung noch so groß, daß leicht auch ein geringfügiger Zusammenstoß zwischen Militär und Volk zu einem erbluteten Kampfe führen konnte, der aber doch jedenfalls schwere Opfer an Menschenleben auf beiden Seiten gekostet hätte. Denn noch stand die Aufhebung der Bürgerwehr nur auf dem Papier, noch befanden sich die Wehrmänner im Besitz ihrer Waffen; waren doch bis zum Abend des 13. November nur etwa 36 Gewehre abgeliefert worden.

Wenn es möglich war, sollte ein blutiger Zusammenstoß mit der Bürgerwehr vermieden werden, kam es doch offenbar der Regierung darauf an, die ruhliebende Bürgerchaft für sich zu gewinnen.

Am 14. November erschien eine Bekanntmachung, daß bis abends 5 Uhr sämtliche Waffen abgeliefert werden mußten und daß fortwährend Militärpatrouillen durch die Straßen ziehen würden, um die Entlohnung zu kontrollieren.

Solche Patrouillen zogen dann in der Tat durch die Stadt, sie hatten zugleich den Befehl, größere Menschenansammlungen auf den Straßen nicht zu dulden, sondern zu zerstreuen. Sie taten dies auch an vielen Stellen, meist aber mit großer Schonung, an einzelnen Stellen nahmen sie auch Verhaftungen vor, aber die Verhafteten wurden von der Militärwache, zu welcher sie gebracht wurden, immer nach kurzer Zeit wieder entlassen. —

Es sind weitere Postarbeiter etc. und ein Reichs-
arbeiter; vorzuziehen, die vor dem Krieg wirtschaftlicher
und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller
übrigen schaffenden Stände auszuscheiden zu hören sind und
selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können.
Zur Vermeidung der sozialdemokratischen Organisations- und
Kaufkraftarbeit zur Verarbeit für die sozialistische Presse,
zur Stärkung der Parteifinanz soll spätestens in der
Pfingstwoche ein Parteitag stattfinden.
Es wird danach noch eine zweite Resolution angenommen,
die sich gegen jede Verneinung durch die Entente
und für die Wilson'schen 14 Punkte ausspricht.

Wie weiter mitteilt wird, hat die Konferenz auf Vor-
schlag Hermann Müllers beschlossen, in diesem Jahre eine
große Reise zu veranstalten. Die Arbeitsruhe am
1. Mai wird nahezu vollkommen in ganz Deutschland sein.

Wilmars, 28. März. Der sozialistische Parteivorstand wählt
gestern anstelle des ausfallenden bisherigen Vorsitzenden Ober-
den Abgeordneten Hermann Müller neben Scheidemann
zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei. Außerdem
ist der Abgeordnete W. in den Parteivorstand eingetretet.
Der Parteitag wird am 10. Juni abgehalten werden. — Auf
der Tagesordnung wird neben den üblichen Referaten über die
Organisation auch ein Referat Scheidemann über die politische
Lage stehen.

Wie man die Weiße Garde erhält.

Der bayrische Landesvolkerrat hat, wie die Leipz. Volks-
zeitung mitteilt, durch protokollierte Vernehmung eines Soldaten
vom freiwilligen Verband der 2. Garde-Regiment-Division
Erhebungen angeht über die Verfassung der Mitglieder der
Kriegstruppen. In Berlin befinden sich jetzt 13000 frei-
willige Truppen, angeblich für den Einsatz in Ostpreußen,
in Wirklichkeit aber zur Unterdrückung von etwa 100000
Unruhen der Berliner Arbeiterschaft verwendet.

Im großen und ganzen herrschen die Leute keinen andern
Dienst, als in und wieder Wache sitzen oder Parade gehen.
Der Eintritt von Graduierten hat sofort eine Beförderung zur
Folge. Wer als Gefreiter eintritt, wird Sergeant; Unteroffiziere
und Sergeanten werden ohne weiteres Feldwebel und beziehen
die Löhnung dieser Dienstgrade. Die Gemeinen, die eingest. werden,
sind meistens völlig unausgebildete Leute, die noch nie im
Feld waren. Sie haben eine Probezeit von 14 Tagen durchzu-
machen und erhalten am Ende des ersten Monats eine Zusatzaus-
bezahlung von 30 M. Ein Gemeiner erhält alle 10 Tage eine
Löhnung von 75 bis 88 M. einschließlich Verpflegung, Dienst-
wiesel erhalten 210 M. pro Woche.

Die Verpflegung ist vorzüglich; diese und
die hohe Löhnung bilden das Mittel, mit dem
die Truppen zusammengehalten werden. Die Ver-
pflegung muß vom Proviantamt und den Berliner Kommunal-
verbänden herbeigeschafft werden, genügt sie nicht, so wird mit
Brot nachgeschossen. Für jede Arbeitsstunde, zu der auch
Wachposten zählt, wird 1,30 M. extra bezahlt. Auf Transport
werden täglich 40 M. bezahlt. Die Offiziere erhalten
moralisch circa 1000 M. Soldatenräte gibt es bei
dieser „freiwilligen“ Truppen nicht. Diese tapferen Verteidiger
der Chuzra, die sozial den Preden der Reaktion dienen und
in der meisten Zeit keinen Dienst tun, werden mit Staats-
geldern in dieser verschwendertischen Weise be-
zahlt, während man den Arbeiter- und Soldatenräten, den Be-
führern der positiven revolutionären Arbeit, fortgesetzt Verschwen-
dung vorwirft und ihnen Dankschuld einträgt, wo man nur kann.
Außerdem wird durch dieses System auch noch die verwerfliche
und gefährlichste Korruption gefördert. Die Weiße Garde dient
dem, der am meisten zahlt! Und das kann vorläufig trotz aller
Schanden die Klasse des kapitalistischen Staates der Ober-, Scheid-
mann usw. noch.

Schutz vorm Grenzschutz.

Wohl wird eine neue Truppe nötig sein, um die geplante Be-
völkerung der Grenzgebiete vor dem „Grenzschutz“ zu schützen.
Die Offiziere sind ihrer eigenen Soldaten nicht mehr Herr. Sie
flüchten in die Kasernen.

In den mit unterstellten Truppenteilen finden sich leider
anzahlreiche Elemente vor, welche trotz strengster Ver-
bote sowohl bei der deutschen wie bei der polnischen Bevölke-

rung rekrutieren, kochen, plündern und die Jagd ausüben.
Kein Mitglied des Heeres hat das Recht, etwas zu rekrutieren
oder auf andere Weise gezwungen zu werden. Daus-
suchungen nach Waffen dürfen lediglich unter Aufsicht von Offi-
zieren stattfinden. Die Ausbildung der Jagd ist lediglich auf
Grund der gesetzlichen Vorschriften gestattet.

Schneidemühl, den 21. Februar 1919.
General v. Winterfeldt,
Kommandeur der IV. Infanterie-Division.

Der General gibt also selber zu, daß seine Soldaten
kochen und plündern. Und auf solche Soldaten läßt die
sozialdemokratische Regierung ihre Auslandspropaganda! Was sie
damit erreicht, sehen wir in Vosen und in Paris.

Eine vorläufige Reichsmarine.

Bürgerliche Blätter melden aus Weimar, daß der National-
versammlung der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer
vorläufigen Reichsmarine vorgelegen sei. Nach dem
Entwurf ist der Reichspräsident ermächtigt die bestehenden Forma-
tionen der bisherigen Kriegsmarine aufzulösen
und eine vorläufige Reichsmarine zu bilden, die bis zur
Schaffung der neuen reichsrechtlich zu ordnenden Wehrmacht die
deutschen Küsten sichert, durch Minenräumen, Ausübung der See-
polizei und sonstige Unterstützung der Handelschiffahrt sicheren
Zeeverkehr ermöglicht, die unzureichende Ausbildung der Fischerei ge-
währleistet, im Verein mit der Reichswehr den An-
ordnungen der Reichsregierung Geltung ver-
schafft und Ruhe und Ordnung aufrechterhält. — Die vor-
läufige Reichsmarine soll auf demokratischer Grundlage unter
Aufsicht der Reichsregierung bestehen. Bestehende Freiwilligenver-
bände und Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden.

Freiabe der Nordsee-Fischerei.

T. U. Wilhelmshaven, 21. März. (Drachherld.) Die englische
Waffenstillstandskommission kauft: Die Flodde ist dahin um-
geändert, daß alle Einschränkungen in der Fischerei in der Nordsee
zwischen dem 53. Grad 30 Min. Nord und 55. Grad Nord und
4. Grad 30 Min. Ost und der deutschen Küste aufgehoben sind.

Damit dürfte die Wiederaufnahme der Fischerei in der
Nordsee möglich sein, von der ebenfalls eine Besserung der
Lebensmittelversorgung zu erwarten ist.

Ein tödliches Unglück.

Gleiwitz, 24. März. Die Oberschlesische Volksstimme meldet:
Die deutsche katholische Mission für Mädchen hat am 23. März
heute nachmittag im Stadgarten eine Kinderdarstellung,
die stark besucht war. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entstand
beim ersten Akt auf der Bühne ein Feuer. Der Ruf „Feuer!“
löste urbedingte Panik aus. Alle stürzten den Ausgängen zu.
Dadurch staut sich die Menge der Kinder, auch stürzte die Treppe
unter dem Druck ein. Eine große Zahl von Kindern — man
spricht von 60 bis 70 — wurde zerquetscht und zerdrückt. Feuer-
wehr und Sanitätsmannschaften, Berge und Pflaster waren zur
Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Im Augenblick
läßt sich die Größe des Unglücks noch nicht feststellen.

Gleiwitz, 24. März. Wie der Oberschlesische Wanderer
weiter meldet, beläuft sich die Zahl der toten Kinder auf
rund 70, die Zahl der Verletzten auf etwa 20.

Aufstand in Ägypten.

London, 24. März. (Reuter.) Im Oberhause erklärte
Lord Curzon, daß die Nachrichten aus Ägypten
weniger ernst seien. In Kairo hätten kleine, hauptsächlich
von Studenten veranstaltete Demonstrationen stattgefunden.
Im ganzen herrsche in Kairo und Alexandria Ruhe. In
den Provinzen kam es zu heftigen Unruhen. So-
wohl in Ober- wie in Unterägypten griff der Vöbel syste-
matisch und offenbar nach einem sorgfältig vorbereiteten
Plan die Eisenbahnstrecken an, riß die Schienen auf, legte
die Telegraphenpfähle um und brannte mehrere Eisenbahn-
stationen nieder. Jetzt laufen wieder Brücken zwischen Kairo
und Alexandria und Kairo und dem Kanal, aber die Eisen-
bahn- und Telegraphenverbindungen in Oberägypten sind
unterbrochen. Die Fernverbindungen und telegraphischen
Verbindungen werden mit Hilfe von Flugzeugen und draht-
loser Telegraphie wieder teils-weise.

Der Charakter der jüngsten Kundgebungen war mehr

räuberisch als politisch. In Tantah und Assiut sowie in
anderen Orten plünderten die Aufständischen die euro-
päischen Läden. In gewissen Bezirken nahm die Bewegung
die Form eines Pächteraufstandes an, die
Landbesitzer an. Einen ersten Charakter erhielt die
Lage dadurch, daß einige Beduinen sich an den
Unruhen beteiligten. Curzon sagte weiter, daß viele Haupt-
kräfte sowie die Armee und Polizei sich an gehalten
hätten. Lokale Elemente töten ihr Vieh zur Wiederher-
stellung der Ruhe. Die englische Regierung würde es freu-
dlich begrüßen, wenn die ägyptischen Minister Nuchdi Waschi
und Abdel Waschi nach England kommen würden, um die zu-
kunftlichen Beziehungen Englands zu Ägypten und die Ver-
fassungreform in Ägypten zu besprechen. Mit den
Urhebern der Unruhen könne nicht verhandelt werden. Ihre
Anwesenheit in England würde in Ägypten als ein Zeichen
dafür angesehen werden, daß England geneigt sei,
seine Verantwortlichkeiten in Ägypten
aufzugeben.

Die Kundgebungen Lord Curzons zeigen trotz ihrer Zurück-
haltung, daß in Ägypten eine umfassende Volksbewegung aus-
gebrochen ist, die nicht nur politisch, sondern vor allem soziale
Ursachen hat. Wenn auch in den Hauptstädten die Ruhe vor-
läufig aufrechterhalten wird, befindet sich die Provinz offenbar
in hellem Aufruhr. Verschiedene Momente weisen darauf hin,
daß die Bewegung ziemlich organisiert ist, und wenn auch Lord
Curzon seine Kundgebungen dadurch zu beruhigen glaubt, daß er die
jüngsten Kundgebungen als „mehr räuberisch als politisch“ be-
zeichnet, so weist seine Mitteilung über den Pächterauf-
stand gegen die Landbesitzer mit aller Schärfe auf die sozialen
Ursachen der Bewegung in Ägypten hin.

Bemerkenswert ist auch, daß nicht nur einige Beduinen-
stämme, sondern auch ein Teil der ägyptischen Beamenschaft, der
Armee und der Polizei auf die Seite der Aufständischen über-
gegangen ist. Diese Tatsachen sind es wohl vor allem, die die
englische Regierung veranlaßt haben, sofort umfassende Kon-
zessionen an die ägyptischen Nationalisten anzukündigen. Die
ägyptischen Minister werden schon nach England gerufen, um die
Verfassungsreform in Ägypten zu besprechen und die englische
Regierung scheint bereits geneigt, ihre Verantwortlichkeiten
in Ägypten aufzugeben, d. h. den Ägyptern die geforderte
Autonomie zu gewähren. Ob diese Konzession allerdings
ausreichen wird, um den Aufstand beizulegen, läßt sich in diesem
Augenblick nicht übersehen. Ohne tiefgreifende soziale Reformen
wird sich das ausgebeutete und ausgefogene Volk in Ägypten
offenbar nicht zufrieden geben.

Gewerkschaftliches.

Erfolgreiche Lohnbewegung der in den Waren- und Kauf- häusern beschäftigten Wäschearbeiter und -arbeiterinnen.

In einer Versammlung der Wäschearbeiterbrüder des Ver-
bandes der Schneider erklärte gestern Kollege Salomski
richtig über den mit den Inhabern der Berliner Waren- und
Kaufhäuser abgeschlossenen Kollektivvertrag. Einen schönen Er-
folg bedeutet die Festsetzung der Arbeitszeit auf wöchentlich
40 1/2 Stunden, der nur der Revolution zu danken ist; aus eigener
Kraft hätten die bis dahin schwach organisierten Wäschearbeiter
diesen Kulturfortschritt auf lange Zeit hinaus nicht errungen!
Die für Schneider vereinbarten Löhne betragen im ersten
Jahre nach der Lehre 40 M. wöchentlich, steigend bis auf 80 M.
nach einer Tätigkeit von mehr als fünf Jahren. Jun-
ge Schneiderinnen erhalten im ersten Jahre 30 M., im dritten
60 M., Näherinnen im ersten Jahre 30 M., im dritten
40 M., Plätterinnen im ersten Jahre 32 M., im dritten
44 M. Einrichtnerinnen, Nachseherinnen, Sticker-
innen usw. werden den Näherinnen gleich gestellt. Diese
Lohnsätze gelten vom 1. März dieses Jahres ab, doch soll vom
1. Februar ab ein 10prozentiger Zuschlag nachgezahlt werden,
inwieweit die Höhe des Kollektivvertrages nicht erreicht sind. Stehen
diese vereinbarten Löhne auch noch weit hinter denen anderer
qualifizierter Arbeiterkategorien zurück, so stellen sie in der
unabhängigen Wäscheindustrie doch immerhin einen bedeutenden
Fortschritt dar. Auch die duragesetzten Ferien — nach ein-
jähriger Tätigkeit betragen sie drei Wochen, nach vier-
und mehrjähriger Tätigkeit sechs Wochen — bedeuten für die
Wäschebranche etwas durchaus Neues. Ferner erbrachte der Ver-
tragswesen eine Regelung zugunsten der Arbeiterschaft, der
Vertragsrücktritt ist ein Recht vorgeschrieben worden. Der No-

Die Theater erinnern sich.

Mitte April findet im Schauspielhaus die Festauf-
führung der Tragödie „Sonnenfinsternis“ von Arno
Holz statt. Die Proben, an denen der Dichter teilnimmt, sind
bereits im Gange. Lange genug hat er auf die Ausführung sel-
nen ehemals von Max Reinhardt angenommenen sehr schwierigen
und bedeutsamer Wertes waren müssen. Ein glückliches von den
Bühnen jenseits des Rheins. Die Wupper“ von
Elise Passer. Schüler wird demnach in einer Sondervor-
stellung auf der Rheinbühne erscheinen. Es wäre gut, wenn
die Berliner Theater zur Lösung ihres Auftrags und zur Er-
füllung anderer als kapitalistischer Aufgaben sich auch weiterhin
verpflichtet erinnern. Dichter, Dichtung und Volk ver-
langen danach.

Der Bildhauer Franz Mehnert, ein geborener Deutsch-Böhme,
ist 45 Jahre alt an dem Felgen der Grippe gestorben. In
seiner Jugend als Steinmetz arbeitend hat er auch auf der Höhe
seines Schaffens einen handwerklich monumentalen Stil, der
seinen Plastiken mehr äußere Wucht als innere Hülfe verleiht. Er
hat an dem gewaltig überlebenden Leipziger Völkerehrdenkmal
mitgearbeitet, zu dessen expansionem, dem deutsch-imperialistischen
Kaiserstil seine Formensprache paßt. Vieles wird wichtig
lassende Materie bei diesem Meister des Steinplastik. Von seinen
künstlerischen Skulpturen seien die liegenden Figuren vor der
Berliner Volksbühne am Volkspark erwähnt. Er hat
noch Vieles geschaffen, Ribellen, Kaiserdenkmäler und archi-
tektonisch-kunstliche Gestalten. Zuletzt arbeitete er an einer
Hindenburgbüste und einem Leffingdenkmal für Wien. Nachdem
er dort vor dem Abzuge eine Professur innegehabt hatte, lebte er
in den letzten Jahren als Vorstandsmitglied der Sezession in
Berlin und war erst jüngst zum Mitglied der Akademie der Künste
ernannt worden.

Das Deutsche Theater hat die Erstaufführung von Gerhart
Hauptmanns „Der arme Heinrich“ vom 25. d. M. auf Freitag, den
26. d. M. verschoben.

Sturmabzug. Am Mittwoch, den 26. März, abends 10 Uhr
findet in der Kunstausstellung: Der Baum, Fotoalbum Str. 134, ein
Vortragsabend expressionistischer Dichtungen (August Stramm u. a.)
durch Rudolf Kallmeyer statt. Herwarth Walden spielt selbst
Trommel.

Ran begann — wir folgen hier den Schilderungen von Adolf
Stroß. — mit der Entlassung in einem Stadtteil, in
welchem man mit ziemlicher Sicherheit auf eine große Will-
fährigkeit der reaktionären Berliner rechnen konnte, in der
Friedrichshagen.

Das Gerücht von der Waffenabgabe in der Friedrichshagen
verbreitete sich schnell in der ganzen Stadt und erregte überall
eine lebhafteste Mißbilligung, aber auch eine große Ent-
mutigung.

Dieselben Männer, welche vor wenigen Tagen noch groß-
sprecherlich es ausgesprochen hatten, daß sie die Fortnahme der
Waffen als das Signal zum Kampfe betrachten würden, be-
gannen schon jetzt zu schwanken. Überall, in allen Stadtteilen hörte
man die Meinung öffentlich äußern: Wenn die Friedrichshagen
ihre Waffen abgibt, was soll das für uns sein? Und in der Tat, diejenigen,
welche so sprachen, hatten Recht, das Zurückhalten der Waffen
war nur mit einer unzulässigen Gefahr für den einzelnen begreifbar,
denn die Zeit des Kampfes war vorüber. Die Berliner Bürger-
schaft war entmutigt, abgepannt, an einen Kampf war nicht
mehr zu denken.

So wurde denn überall in der ganzen Stadt die Waffen
zum großen Teil freiwillig, ohne allen Widerstand, abgegeben.
Sehr kluger Weise ließ General Wrangel diejenigen Ver-
ze, in denen er mit Wahrscheinlichkeit auf eine Widerschlich-
keit rechnen konnte, bis zum 1. März waren besonders die Ver-
ze vor dem Kranenburger Tor, in welchen die tatkräftigsten
Mitglieder des Reichsbanner-Lagers untergebracht waren.

Die Polizei griff sich sofort bei der Auslieferung der
Waffen an die Arbeit, welche der Belagerungsstand im Ge-
folge haben mußte, viel härter, strenger und willkürlicher als
das Militär.

Berlin nahm immer mehr und mehr das Aussehen einer
belagerten Stadt an. Die Straßen verödeten und man begegnete
auf denselben nur erstarrten, betäubten Gesichtern. Handel und
Gewerbe lag in Ruine, denn der Kaufkraft der Fremden,
welche bisher noch einig in den Verkehr gebracht hatten, war
so sehr erschwert, daß nur wenige sich in Berlin aufhielten. Das
Schloß war dicht mit Militär besetzt, es ging mit seinen zuge-
machtem Gütern, hinter denen die eingeschlossenen Soldaten
hervorschauten, einer Festung, ebenso alle andern öffentlichen Ge-
bäude, welche alle mit Besatzung besetzt waren. Um die Wachen
wurden Schutzbatter gemacht, um eine plötzliche Ueberrumpfung
derselben zu verhindern.

Die Soldaten selbst liehen sich wenig sehen, sie waren meist
in den Kasernen konzentriert, und wenn sie ausgingen, so waren
sie bewaffnet. Sie hatten den Befehl, nie ohne Seltungswehr
auszugehen, und außerdem noch eine besondere Verwarnung er-
halten, weil das Volk von Berlin den treuen Dienern des Königs
nach dem Leben trachtete.

Seine klugen Maßnahmen zur rechten Zeit hatte das Mini-
sterium den unblutigen Sieg der Konterrevolution zu danken,
aber dieser Sieg hatte keine Bedeutung, wenn er nur dazu diente,
die revolutionäre demokratische Partei in der Hauptstadt zu unter-
drücken. Er konnte erfolgreich und dauernd nur werden, wenn es
dem Ministerium gelang, der großen Partei der Aufstehenden
im Lande und in der Hauptstadt gegenüber seine Maßregeln
zu rechtfertigen. Diese Partei sah sich zu gewinnen.

Es war dies keine leichte Aufgabe, denn die Freiheitsbewe-
gung hatte seit dem März tiefe Wurzeln im Volk geschlagen,
selbst die Konterrevolution in Stadt und Land hatten sich ihrem
Einfluß nicht entziehen können, die große Mehrheit war kon-
stitutionell gekannt. — Die Zahl der Anhänger eines absolutistischen
Regiments war verhältnismäßig klein. Wollte das Ministerium
Brandenburg, Württemberg sich auf die breite Masse des Volkes
stützen, dann mußte es der herrschenden Stimmung Rechnung
tragen es mußte den Schein neuer Anhänglichkeit an alle dem
Volk zugewandten konstitutionellen Freiheiten aufrechterhalten.
Dies geschah denn auch in vollstem Maße. Alle die zosterischen
Erfolge des Ministeriums während der Zeit der Konterrevolution
sind voll von Versicherungen, daß die dem Volk verheißenen Frei-
heiten niemals die geringste Schwächung erleiden sollten.

3. M.

Eine Umwälzung in der Gasttechnik.

Nach dreijährigen Versuchen ist es einer Meldung aus Chri-
stiansburg zufolge, dem Direktor des Gaswerkes in Bergen gelungen,
zusammen mit einem der ersten Chemiker Norwegens eine neue
Methode der Gasherstellung zu finden, bei der sich die Ver-
sehrungsstoffe um etwa 50 Prozent ermäßigen. Nach der neuen
Methode soll man aus jeder Tonne Kohle 500 cbm Gas gewinnen,
gegen 300 cbm bei dem jetzigen Verfahren. Sachverständige er-
klären, es sei unmöglich ohne nähere Angaben den Wert der
neuen Erfindung zu beurteilen. Man könne bereits jetzt mehr
als 300 cbm Gas aus jeder Tonne Kohle gewinnen, nur gelte
das auf Kosten der Kohleverwertung, so daß ein wertvolles Produkt
verloren geht.

